



Protokoll

11. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 18. Mai 2015, 19:00 Uhr bis 20:55 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Beschlussentwurf (Antrag 27/2015) des Stadtrates an den Gemeinderat:
Motion 576 "Bezahlbarer Blockflötenunterricht"
- 4 Antrag 28/2015 der Primarschulpflege:
Genehmigung Projektierungskredit für das neue Schulhaus Krämeracker
- 5 Antrag 29/2015 der Primarschulpflege:
Genehmigung der Kreditabrechnung für die Einführung der Schulsozialarbeit (SSA)
- 6 Antrag 30/2015 der Sekundarstufe Uster:
Bewilligung einer integrierten Time-Out-Schule, Verlängerung für weitere zwei Jahre bis
Ende Schuljahr 2016/2017
- 7 Motion 522/2015 von Balthasar Thalmann (SP) und Meret Schneider (Grüne) vom 10. Feb-
ruar 2015:
Städtische Stiftung Kulturzentrum Uster
- 8 Postulat 526/2015 von Jürg Gösken (Grünliberale), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Beatri-
ce Mischol (Grünliberale) vom 27. Februar 2015:
Multisportives Buchholz multimobil

Präsenz

Vorsitz	Thomas Wüthrich, Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Parlamentssekretär
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe	Thomas Pedrazzoli, Präsident der Sekundarschulpflege Lennie Grob, Vizepräsidentin der Sekundarschulpflege
Entschuldigt	Markus Ehrensperger
Ausstand	Rolf Denzler bei Geschäft 6 (Antrag 30/2015)
Presse	Thomas Bacher, AvU Benjamin Rothschild, AvU

Der Präsident begrüsst die Zuschauer auf der Tribüne. Insbesondere begrüsst er Ali Özcan, der heute erstmals als Gemeinderat an einer Sitzung teilnimmt.

1 Mitteilungen

Der Gemeinderat hat am 20. Januar 2014 dem Antrag 193/2013 zugestimmt und damit die Volksinitiative „zur Erhaltung der Landschaft in Uster West (Keine Strasse Uster West)“ für ungültig erklärt. Der Bezirksrat Uster hat am 27. April 2015 diverse Rekurse gegen diesen Gemeinderatsbeschluss abgewiesen. Gegen den Bezirksratsbeschluss ist am 4. Mai 2015 beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich ein Stimmrechtsrekurs eingereicht worden. Die Geschäftsleitung wird die Vernehmlassung einreichen. Jürg Gösken ist als einer der damaligen Rekurrenten für dieses Geschäft in den Ausstand getreten.

Der Gemeinderat hat am 13. April 2015 dem Antrag 25/2015 betreffend Baukredit für eine temporäre Dreifachturnhalle im Buchholz zugestimmt. Dagegen ist beim Bezirksrat Uster am 27. April 2015 ein Rekurs eingegangen. Die Geschäftsleitung wird die Vernehmlassung einreichen. Jürg Gösken ist als Rekurrent für dieses Geschäft in den Ausstand getreten.

Die Geschäftsleitung des Gemeinderates hat mit Zirkularbeschluss vom 4. Mai 2015 die Frist für den Stadtrat betreffend Bericht und Antrag zur Motion (Umwandlung Postulat) 512/2014: Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips bis 3. Juni 2015 verlängert.

„Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“ (George Bernard Shaw)

In diesem Sinne wünsche ich uns eine hochstehende Debatte, denn wir haben es durchaus verdient, gut regiert zu werden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärung

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion verliest Ivo **Koller** (BDP) folgende Fraktions-erklärung:

Zur Anfrage 516/2014: „Entlohnung des Stadtrates“

Über Löhne zu sprechen ist schwierig, dabei niemandem auf den Schlipps zu treten noch schwieriger. Dass ich eine Anfrage zur Stadtratsentlohnung gestellt habe, passte verständlicherweise nicht allen. Die Resonanz aus der Bevölkerung ist im Gegensatz zu derjenigen des Stadtrates jedoch positiv.

Nun werde ich mich nochmals zu den Stadtratslöhnen äussern, und auch dieses Mal ist es nicht meine Absicht jemanden zu verärgern. Und diejenigen, die es falsch verstehen wollen, sollen sich ruhig ärgern.

Die Antwort auf meine Anfrage zeigte Erfreuliches: Für die meisten von „Amtes-wegen-Jöbli“ erhält ein Stadtrat keine zusätzliche Entschädigung. So war dies vom Gemeinderat bei der Debatte um die Behördenentschädigungsverordnung auch gemeint. Die Mandate sollen zur ganz normalen Stadtratsarbeitszeit dazu zählen.

Die Beantwortung der Anfrage ist sehr schmal gehalten, was auch niemanden überrascht. Fakten sind sehr wenige zu finden, und dies ist auch der Wermutstropfen. Der Stadtrat gibt die einzelnen Mandate, für welche er entschädigt wird, nicht preis und er macht auch die Höhe der jeweiligen Entschädigung nicht öffentlich. Es ist bedauerlich, dass sich der Stadtrat mit fadenscheinigen Argumenten der unserer Ansicht nach notwendigen Transparenz verweigert. Gemäss dem Stadtrat ist doch eigentlich alles in Ordnung. Umso unverständlicher ist es, weshalb dann der Stadtrat um die Höhe der Zusatzlöhne ein Geheimnis macht.

Wir fordern von der Exekutive ein Umdenken in dieser Sache und sind gewillt, dem Stadtrat eine gewisse Zeit für einen Meinungsumschwung zu geben. Wir sind uns sicher, dass unserer Regierung genauso viel an Transparenz liegt wie unserer Fraktion.

In Diskussionen mit einzelnen Stadträten nahm ich zur Kenntnis, dass die Arbeitsbelastung in den arbeitsintensiven Departementen um einiges höher sei als die jeweilige Prozententschädigung. Es gebe aber auch Abteilungen, in welchen der Arbeitsaufwand geringer ausfalle. Auf den Punkt gebracht heisst das, die einen verdienen zu wenig und die anderen zu viel.

Ob die Behördenentschädigungsverordnung nach kurzer Zeit des Inkrafttretens schon wieder überholt ist, vermögen wir auf Grund zu geringer Detailkenntnisse nicht zu beurteilen. Wir vermuten, dass der Stadtrat nicht nur strategisch, wie es Artikel 40 der Gemeindeordnung vorgibt, tätig sein soll, sondern zunehmend auch operativ. Dies vermag eventuell eine Erklärung sein, weshalb die Arbeitsbelastung in den einzelnen Abteilungen viel höher ist als die prozentuale Entschädigung. Die Mitte-Fraktion möchte deshalb den Stadtrat anregen sich Gedanken dazu zu machen und sich vorwiegend auf die strategische Führung zu konzentrieren.

Persönliche Erklärungen

Claudia **Wyssen** (SP) verliest folgende Erklärung: *Dass jeder Bürger dieser Stadt einen Stimmrechtsrekurs machen kann, ist jedermanns Recht. Unbestritten. Dass jedoch ein Gemeinderatsmitglied einen Stimmrechtsrekurs macht, ist ein klares Misstrauensvotum den drei Vierteln der vom Volk gewählten Vertreter gegenüber, die der Vorlage zur temporären Dreifachturnhalle zugestimmt haben. Es impliziert nämlich, dass diese ihre Arbeit nicht sorgfältig genug gemacht haben. Und dies, obschon der Rekurrent an den Vorbesprechungen teilgenommen hat.*

Vor allem aber erstaunt es mich äusserst, dass es dem Rekurrenten offenbar völlig egal ist, ob die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, nämlich die Kinder und Jugendlichen, die noch nicht mal über ein Stimm- und Wahlrecht verfügen, zum einen Sportunterricht haben können und zum anderen ihrem Hobby, dem Sport, nachgehen können.

Einziges Ziel dieses Stimmrechtsrekurses kann sein, den Bau der temporären Dreifachturnhalle zu verhindern. Denn andere Konsequenzen sind nicht möglich. Dass die Bevölkerung von Uster das will, bezweifle ich.

Die temporäre Dreifachturnhalle soll zudem nicht für ewig, sondern für gerade mal drei Jahre gebaut werden!

Paul **Stopper** (BPU) verliest folgende Erklärung: *Die gute Nachricht: Der Ustermer Stadtplaner wird im September 2015 endlich pensioniert.*

Die schlechte Nachricht: Der Ustermer Stadtrat will den Stadtplaner weiterbeschäftigen, mit Betonung auf „beschäftigen“. Und das zu 80 Prozent.

Eine Weiteranstellung des mittlerweile nicht mehr in Nänikon, sondern in Greifensee wohnenden Stadtplaners lehnen wir von der BPU ab und verlangen vom Stadtrat, dass er den Stadtplaner definitiv ziehen lässt und ihm die Pensionierung definitiv gewährt. Mit einer 80-prozentigen Weiterbeschäftigung würde der Stadtrat zudem das Stellenkontingent auf kalten Weg erhöhen.

Es wäre aus unserer Sicht aus folgenden Gründen unklug und nicht zu verantworten, den Stadtplaner weiter zu beschäftigen:

Für den neuen Stadtplaner wäre es eigenartig, wenn ihm immer der „alte“ dreinredet und ihm sagt, wie es zu gehen hat. Der neue muss seine Aufgabe allein formulieren und dem Stadtrat und dem Gemeinderat seine Ideen selbst präsentieren können.

Seit seiner Amtszeit vor ca. 30 Jahren hat der Ustermer Stadtplaner erfolgreich verhindert, dass der Bahnübergang Winterthurerstrasse und Gschwaderstrasse durch eine Unterführung ersetzt werden konnten. Seit der gleichen Zeit versuchte der Stadtplaner, die Strasse „Uster West“, früher auch Nordtangente, Westzubringer genannt, durchzudrücken.

Seit 2003 hielt Walter Ulmann die Ustermer Politik mit seinen irrigen Ansichten in Trab, die Surferwiese mit der Rostlaube überbauen zu lassen, angeblich aus Grundwasserschutzgründen, die sich als völlig haltlos erwiesen.

Fazit: Der Stadtplaner war einer der teuersten Beamten resp. der teuerste Angestellten von Uster und darf deshalb nicht über sein Pensionierungsalter hinaus in der Stadt Uster tätig sein. Uster braucht seine Planung nicht mehr.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 10. Sitzung des Gemeinderates vom 13. April 2015 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Beschlussentwurf (Antrag 27/2015) des Stadtrates an den Gemeinderat: Motion 576 "Bezahlbarer Blockflötenunterricht "

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *In der Sitzung vom 23. März 2015 hat die KBK den Beschlussentwurf Nr. 27 des Stadtrates betreffend Motion „Bezahlbarer Blockflötenunterricht“ besprochen:*

Für die Beantwortung unsere Fragen war die Präsidentin der Primarschulpflege Patricia Bernet anwesend.

Die Primarschule Uster hat auf Ende des Schuljahres 2012/2013 ihr eigenes Angebot an Blockflötenunterricht eingestellt und die Musikschule Uster-Greifensee (MSUG) beauftragt, dafür einen Instrumental- und Ensemble-Unterricht für Blockflöte anzubieten. Die damit einhergehende Kostensteigerung für die betroffenen Eltern von CHF 150 pro Jahr auf CHF 388 pro Jahr hat Gemeinderätin Ursula Räuftlin dazu bewogen, die Motion „bezahlbarer Blockflötenunterricht“ einzureichen. Am 23. September 2013 wurde diese Motion vom Gemeinderat an den Stadtrat überwiesen und in der Sitzung vom 19. Mai 2014 als erheblich erklärt. Der Stadtrat wurde dadurch verpflichtet, dem Gemeinderat einen Beschlussentwurf zur Umsetzung dieser Motion zu unterbreiten. Über diesen dürfen wir nun heute hier abstimmen.

Der Stadtrat beantragt, dass weiterhin die MSUG als professionelle Partnerin der Stadt den Blockflötenunterricht anbieten wird. Entsprechend werden die durch die stärkere Subventionierung anfallenden Mehrkosten dem Geschäftsfeld „Koordination Bildung“ belastet, dem die MSUG angegliedert ist. Die aktuellen Kurse finden in den Schulanlagen Pünt, Talacker, Hasenbühl, Gschwader, Niederuster und Oberuster statt, womit die von der Motionärin geforderte kindgerechte Nähe zum Wohnort erfüllt wird.

Der Stadtrat geht davon aus, dass die höhere Subventionierung zu einer Verdoppelung der Schülerzahlen im Blockflötenunterricht führen wird, was insgesamt zu jährlich wiederkehrenden Kosten von CHF 32'000 führen würde.

Der Stadtrat Uster hält fest, dass er längerfristig nach wie vor den Ausbau der Musikalischen Grundschule als umfassende musikalische Ausbildung anstrebt. Als wünschenswert betrachtet er eine Ausbildung bereits im Kindergarten oder eine Erweiterung bis in die 2. Primarklasse, womit dann mehr Kinder erreicht werden könnten als mit dem Blockflötenunterricht.

In der KBK führte der Antrag kaum zu Fragen und Diskussionen. Es wurde festgehalten, dass die Alternative der musikalischen Grundbildung im Rat am 13. Februar 2012 abgelehnt wurde und heute nicht wieder zur Diskussion steht und dass der zu diskutierende Betrag von CHF 32'000 nur einem Bruchteil des damaligen Antrags für die musikalische Grundbildung entspricht.

Der vorliegende Antrag wurde in der KBK mit 5:3 Stimmen gutgeheissen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert Gabriela **Seiler** (SVP): *Die RPK-Diskussion, wenn man denn so nennen kann, zu diesem Antrag ist schnell erzählt. Ist doch schon der Titel des Antrages fast länger als die Voten aus der RPK.*

Die Behandlung des Antrages hat sich auf die Zusammenfassung der Erkenntnisse aus der KBK beschränkt, nachdem keine weiteren Fragen offen waren, konnten wir direkt zur Schlussabstimmung schreiten.

Die RPK hat den Antrag mit des Stadtrates mit 5:3 Stimmen gutgeheissen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Die Vorgeschichte dieses Antrages ist bereits sehr lang und liegt mittlerweile schon fast 5 Jahre zurück:*

- *Ein erstes Mal hat sich der Gemeinderat in der Budgetdebatte 2011 für die Beibehaltung des Blockflötenunterrichts im Rahmen der Freifachkurse im Angebot der Primarschule Uster ausgesprochen.*
- *Auf Ende des Schuljahres 2012/2013 hat die Primarschule Uster dann den Blockflötenunterricht doch eingestellt und die Musikschule beauftragt, den Blockflötenunterricht, mit entsprechend höheren Preisen, für die Eltern, anzubieten.*
- *Darum wurde am 24. Mai 2013 die Motion „bezahlbarer Blockflötenunterricht“ eingereicht.*
- *Am 23. September 2013 hat der Gemeinderat die Motion „bezahlbarer Blockflötenunterricht“ an den Stadtrat überwiesen.*

- Am 19. Mai 2014 wurde die Motion als erheblich erklärt.

Nun, nochmals ein ganzes Jahr später können wir endlich über den Beschlussentwurf des Stadtrates abstimmen.

Der Stadtrat argumentiert, dass die Blockflöte nicht mehr sehr gefragt sei und die Nachfrage des Blockflötenunterrichts schon länger rückläufig sei. In den letzten fünf Jahren sanken die Anmeldungen um rund 30 %. Tatsächlich können sich bei dem erfolgten Preisanstieg in Uster weniger Eltern den Blockflötenunterricht für ihre Kinder leisten. Von vorher über 100 Kindern besuchen tatsächlich nur noch etwa 60 Kinder den Blockflötenunterricht. Obwohl die Blockflöte nicht mehr IN sei, geht der Stadtrat aber bei der Kostenabschätzung davon aus, dass sich die Schülerzahlen wegen des finanziellen Anreizes für Eltern verdoppeln werden. Sprich, der Stadtrat hat bewusst die Kinder von finanzschwachen Eltern vom Musikunterricht ausgeschlossen und will dies weiterhin tun.

Für mich sollen alle Kinder in Uster die gleichen Chancen für einen ersten Zugang zur Musik haben. Mit dem Blockflötenunterricht wird das ganzheitliche Musikkennen in Gruppen mit einem Instrument angeboten. Einem Instrument, das mit einem Anschaffungspreis von ca. CHF 100 für jedermann erschwinglich ist und von allen Kindern problemlos selber im Schulthek transportiert werden kann, ohne dass die Eltern einen aufwändigen Bring- und Holtransport organisieren müssen.

Liebe Gemeinderäte, ich bitte Euch, meine Forderung nach einem weiterhin für alle Eltern bezahlbaren Blockflötenunterricht zu unterstützen und deshalb dem vorliegenden Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Für die SP-Fraktion referiert Claudia **Wyssen**: Die SP-Fraktion hat den vorliegenden Antrag kontrovers diskutiert. Grundsätzlich wünscht sich wohl eine grosse Mehrheit der Fraktion die musikalische Grunderziehung und würde diese anstelle der Blockflöte bevorzugen.

Die grösste Kritik am vorliegenden Antrag betrifft allerdings das Giesskannenprinzip, nach dem hier die Subventionierung erfolgt. Wir von der SP-Fraktion fänden eine einkommensabhängige Vergünstigung sinnvoller. Auch wenn uns bewusst ist, dass dies wieder einen grösseren bürokratischen Aufwand mit sich bringen würde. Zudem bezweifeln wir, dass mit dem vorliegenden Antrag, die Zahl derer, die Blockflöte lernen wollen, steigen wird.

Trotzdem: Die SP-Fraktionsmitglieder werden dem vorliegenden Antrag zustimmen oder sich enthalten.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wie der Stadtrat sehen auch die Grünen die Zukunft in einer ausgebauten Musikalischen Grundschule. Profitieren würden da alle Schülerinnen und Schüler der Unterstufe. Und im Gegensatz zum Blockflötenunterricht würde damit eine ganzheitliche Grundausbildung erreicht. Diese ist im Moment aber politisch offensichtlich nicht zu erreichen.

Dann freuen wir uns über die zweitbeste Lösung: einen subventionierten Blockflötenunterricht, der dank der städtischen Unterstützung breite Kreise in die musikalische Grundausbildung einbinden kann.

Ja, der Stadtrat erwartet, dass der finanzielle Anreiz den Blockflötenunterricht zu einem richtigen Renner werden lässt. Auch wir Grünen wünschen uns einen durchschlagenden Erfolg des neuen Angebots.

Trotzdem, unser Fernziel kann nur die musikalische Grundschule sein. Sie ist demokratischer und in Bezug auf die musische Förderung aller Kinder wohl zielführender. Wir werden das Thema zu gegebener Zeit wieder aufs politische Tapet bringen.

Aber wie gesagt, lieber den Spatz ...

In diesem Sinne stimmen wir dem Beschlussantrag des Stadtrates zu.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 20:14 Stimmen:

- 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Motion 576 «Bezahlbarer Blockflötenunterricht» ab Schuljahr 2015/2016 umzusetzen.**
- 2. Die jährlich wiederkehrenden Kosten von voraussichtlich 32 000 Franken werden dem Geschäftsfeld Koordination Bildung belastet.**
- 3. Die Motion Nr. 576 wird abgeschrieben.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

4 Antrag 28/2015 der Primarschulpflege: Genehmigung Projektierungskredit für das neue Schulhaus Krämeracker

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Claudia **Wyssen** (SP): *Der Wettbewerb für das neue Schulhaus Krämeracker wurde im selektiven Verfahren durchgeführt und die Primarschulpflege und der Stadtrat folgten dem Antrag des Preisgerichts und entschieden sich für das Projekt „PEZ“ des Generalplanerteams „Boltshauser Architekten AG“. Von November 2014 bis Januar 2015 wurde das Projekt dann überarbeitet und dem Kostenrahmen angepasst.*

Der Hauptkostenpunkt im vorliegenden Antrag betrifft das Generalplanerteam mit Kosten von CHF 1,95 Millionen. Total beträgt der Planungskredit CHF 2,435 Millionen.

Die KBK wurde am 23. März 2015 ein erstes Mal von Primarschulpräsidentin Patricia Bernet, Primarschulpfleger Patrik Borer und Michel Pauli, dem Projektleiter, über den Antrag 28 vorinformiert. An dieser Vorinformation wurde insbesondere auf den engen Zeitplan hingewiesen. Es wurde aufgezeigt, wo beim Projekt gespart werden konnte. Dies zum einen durch eine Verringerung der Klassenraumgrösse auf 70 m², eine Effizienzsteigerung bei der Raumaufteilung und dem Weglassen von Blockzeitenräumen. Insgesamt führte das zu einer Flächenreduktion des Gebäudes von rund 916 m². Zudem wurde gespart, indem die Gebäudetechnik einfach gehalten wird. Zur Zeit beträgt die Kostenschätzung, wie vom Gemeinderat gewünscht und verabschiedet, CHF 35 Millionen. An dieser Vorinformation wurden insbesondere die äusserst rudimentär aufgeführten Kosteninformationen für den Projektierungskredit im Antrag und wie immer der Zeitdruck für den Gemeinderat kritisiert. Aufgrund der Kritik wurden der KBK vor der eigentlichen Beratung des Geschäftes noch weitere Erläuterungen zur Zusammensetzung der Gelder aus denen sich der Projektierungskredit zusammensetzt geliefert.

An der behandelnden Sitzung wurde erneut festgehalten, dass die Klassenzimmergrösse ausreichend ist und die Klassenzimmer gerade durch eine optimale Möblierung gut gestaltet werden können. So sind zum Beispiel Einbauschränke geplant. Eine jetzige Veränderung der Klassenzimmergrösse hätte schwerwiegende Folgen bezüglich dem Zeitplan.

Bezüglich Ökologie setzt das Planungsteam auf die SIA-Norm 2040. Das neue Schulhaus wird jedoch keinen Minergie-Standard aufweisen. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass man im Schulhaus Oberuster damit keine guten Erfahrungen gemacht hat und die Benutzer damit unzufrieden sind.

In der KBK wurde der Änderungsantrag gestellt, das neue Schulhaus Krämeracker sei mit einer mechanischen Lüftung auszustatten. Dieser Antrag wurde mit 7:1 abgelehnt.

Dem Antrag für die Durchführung der Phasen 3.2 Bauprojekt, 3.3 Bewilligungsverfahren und des ersten Teils 4.1 Ausschreibung für das neue Schulhaus Krämeracker wird ein Projektierungskredit von CHF 2,435 Millionen (inkl. MwSt.) bewilligt, hat die Kommission für Bildung und Kultur mit 7:1 zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, dem Antrag ebenfalls zuzustimmen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Rudolf **Locher** (FDP): *Die RPK hat den Antrag in finanzieller Sichtweise geprüft und diskutiert. Ebenso wurden nochmals die Punkte betreffend Zimmergrössen, Minergiestandard, Belüftung, Photovoltaik kurz andiskutiert. Die RPK hat ebenso zur Kenntnis genommen, dass die Lehrerschaft das vorliegende Bauprojekt begrüsst. Nur vier Zahlen, welche erwähnt sein sollen:*

- *Eine mechanische Lüftung würde den Bau um CHF 1,6 Millionen verteuern,*
- *die nötige Anpassung der Fundamente des hohen Grundwasserspiegels wegen verursacht Zusatzkosten von CHF 200'000,*
- *aus der leicht geringeren Grundfläche resultiert eine Reduktion von CHF 300'000,*
- *die vorgenommene Änderung an der Fassade hat auf der anderen Seite Einsparungen von CHF 700'000 erbracht*
- *und zuletzt, aber nicht weniger wichtig, die gewünschte Photovoltaik-Anlage soll zwar auf dem Dach des Schulhauses erstellt und betrieben werden, aber nicht durch die Primarschule, sondern durch Dritte, z. B. die Energie AG Uster. Dieses Auseinanderhalten von völlig unterschiedlichen Bauteilen, nämlich Schule und Energiegewinnung, erscheint der RPK mehr als sinnvoll.*

Im beantragten Betrag ist unter Position 3.3 des Bewilligungsverfahrens auch bereits ein erster Teil von Punkt 4.1 der Ausschreibung enthalten, welche später beim eigentlichen Baukredit als Vorleistung in Anrechnung gebracht werden kann.

Die RPK begrüsst ausdrücklich die baubegleitenden Gremien zwecks Bau- und Kostenkontrolle.

Die RPK hat den Antrag einstimmig gutgeheissen und empfiehlt dem Gemeinderat Annahme des Antrages.

Die Präsidentin der Primarschulpflege, Stadträtin Patricia **Bernet**, nimmt Stellung: *Ich bin überzeugt, dass hier ein gutes Projekt vorliegt. Aus dem Wettbewerb haben wir das Optimum herausgeholt. Die Kinder werden die erfolgten Anpassungen nicht spüren. Ich bitte darum um Zustimmung.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Gabriela **Seiler**: *Nehmen wir es vorweg: Die SVP/EDU-Fraktion wird dem Antrag, so wie er jetzt vorliegt, zustimmen. Nachdem wir bereits den von den meisten Fraktionen ausgearbeiteten Kompromiss in Sachen „Neuer und hoffentlich letzter Start in Sachen Neubau Schulhaus Krämeracker“ mit der Gutheissung des Kreditantrages für den Wettbewerb und das Vorprojekt am 11. November 2013 unterstützt haben, ist das heutige JA der logische nächste Schritt.*

Es wird wohl nie ein Bauprojekt geben, das alle Beteiligten in allen Belangen zu 100 % überzeugen mag. Soviel ist klar, und das haben ja auch die vorberatenden Diskussionen in der KBK und in der RPK gezeigt.

Dass beim jetzt vorliegenden Projekt auch den Ressourcen „Finanzen“ die notwendige Beachtung geschenkt wurde, freut uns selbstverständlich. Wir werden die Kosten auch weiterhin im Auge behalten. Ebenso wichtig sind aber selbstverständlich die Rückmeldungen seitens der Schulpflegepräsidentin respektive der Schulleitung, dass das geplante Schulhaus auch nach den gemachten Anpassungen dem Siegerprojekt entspricht und fürs Schule geben, und dafür bauen wir dieses Schulhaus in erster Linie, taugt. Dies betrifft insbesondere auch das Thema „Lüftung“, die jetzt vorgesehenen Anpassungen, diese als natürliche Lüftung zu realisieren, wird seitens der Schulleitung, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen im Schulhaus Oberuster, offenbar gar begrüsst.

Wie gesagt, wir stimmen dem Antrag, so wie er im Original vorliegt, zu. Aufgrund der Diskussionen aus den vorberatenden Kommissionen gehe zumindest ich davon aus, dass dies heute auch eine Mehrheit der anwesenden Gemeinderäte so handhaben wird.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Wir konnten uns in der Fraktion überzeugen lassen, dass das neue Schulhaus dank gesundem Pragmatismus der Verantwortlichen, einer effizienten Projektorganisation und kompetenter externer Unterstützung auf gutem Weg ist. Offenbar gelingt es den Projektverantwortlichen, im Rahmen von Interessenabwägungen innerhalb der Zielvorgabe das Wünschbare vom Nötigen zu trennen und darauf zu verzichten, was wir begrüssen. Die mechanische Lüftung ist ein Beispiel, die Klassenzimmergrösse ein anderes.*

Die vom Gemeinderat vorgegebenen Ziele dürften mit dem Projektierungskredit eingehalten werden können. So soll das Vorprojekt auch den Kostenrahmen von CHF 35 Millionen einhalten. Wir müssen uns dabei einfach bewusst sein, dass hier eine Kostenungenauigkeit von plus/minus 15 % noch nicht berücksichtigt ist. Diese schlägt in der Regel eher mit einem Plus als mit einem Minus zu Buche. Schlimmstenfalls wäre also mit Kosten von CHF 40 Millionen. Franken zu rechnen. Wir erwarten diesbezüglich im Baukreditantrag die volle Transparenz und bis dorthin weitere Anstrengungen, das Kostenziel von CHF 35 Millionen einzuhalten.

Auf unsere Frage hin erhielten wir die Antwort, dass im nun vorgesehenen Projekt keine Photovoltaik-Anlage auf dem Schulhausdach vorgesehen ist. Im Projekt sollen aber Installationsvorrichtungen vorgesehen werden. Wir begrüssen das aus dem Grund, weil die Energie Uster AG über Fachwissen und Ressourcen für den Betrieb einer solchen Anlage verfügt und diese dereinst auch betreiben soll. Denn dieser Betrieb ist nicht Aufgabe der Primarschulgemeinde. Dies geschieht aber nun richtigerweise ausserhalb des eigentlichen Schulhausprojekts.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag zu.

Für die SP-Fraktion referiert Kathrin **Agosti**: *Die SP-Fraktion freut es, dass das Projekt Schulhaus Krämeracker ausgehend vom Konsens, den man 2013 gefunden hat, jetzt mit Hochdruck vorangetrieben wird. Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbes überzeugt uns. Es ist völlig klar, dass wir dem Kredit für die nächsten Projektschritte zustimmen.*

Was mich persönlich auch überzeugt, ist die Projektorganisation. Stellt sie doch sicher, dass die verschiedenen Interessen bei der Planung miteinbezogen werden und dass gegenseitige Kontrolle stattfindet. Bei so einem komplexen Projekt, bei dem man als Aussenstehende nicht alles überprüfen kann, ein wichtiger Punkt.

Zu Diskussionen Anlass gab in der Fraktion, dass aus Kostengründen die Schulzimmerfläche reduziert wurde. Wir sind eigentlich der Meinung, dass nicht nur die Rahmenbedingungen in Bezug auf die Kosten, sondern auch in Bezug auf das Raumprogramm eingehalten werden müssen. Und dazu gehört nicht nur die Anzahl der Schulzimmer, sondern auch, dass diese von der Grösse her den heutigen Standards entsprechen. Von diesem weichen sie aber ab. Unschön, dass man bei einem Bau, der für die halbe Ewigkeit gedacht ist, an so einem Punkt spart, der auch gar nicht so viel einbringt. Was die Flächenreduktion bei den Zimmern etwas aufwiegt, ist, dass die vorhandene Fläche sehr gut genutzt werden kann und insbesondere durch die gruppenartige Anordnung von jeweils drei Schulzimmern auch Vorräume und Verkehrsflächen für den Unterricht genutzt werden können. Das überzeugende pädagogische Konzept, das der Architektur zugrunde liegt, vermag das ärgerliche Sparen bei der Zimmergrösse zu reduzieren.

Ohne Probleme mittragen können wir den Verzicht auf die kontrollierte Lüftung und damit auf die Minergie-Zertifizierung. Wir sind der Meinung, dass das neue Schulhaus auch ohne dies einen sehr hohen Standard an Nachhaltigkeit erfüllt, zudem scheinen sich kontrollierte Lüftungen in Schulhausbauten aus verschiedenen Gründen nicht zu bewähren. Mit rund CHF 1,6 Millionen kann so ja auch wirklich eine beträchtliche Summe eingespart werden, auch die jährlichen Betriebskosten reduzieren sich.

Insgesamt werden wir dem Projektierungskredit mit Überzeugung zustimmen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Wie wir alle wissen, ist der Schulraum in Uster knapp. Das neue Schulhaus Krämeracker benötigen wir - lieber vor 2018 - aber spätestens auf das Schuljahr 2018/2019. Schon seit Jahren beschäftigt sich das Parlament in unregelmässigen Abständen mit dem Projekt. Und wir können es uns nicht leisten, dass es scheitert. Der Projektierungskredit, über den wir zu entscheiden haben, entspricht nicht dem gängigen Schema. Aber nur wenn ohne Unterbruch geplant werden kann – und das sieht der Kredit vor – ist das Bezugsdatum des Schulhauses realistisch.*

Das von der Baukommission gewählte Vorgehen kann durchaus verschieden beurteilt werden, je nachdem welche „Brille“ man benutzt:

- *Die einen sind verärgert über kleinere Schulzimmer, fehlende mechanische Lüftung (und damit fehlendes Minergie-Gütesiegel), das Nichteinhalten von „normalem“ Ablauf (ein neuer Projektschritt wird erst in Angriff genommen, wenn der vorherige abgeschlossen ist).*
- *Mir gefällt allerdings die andere Brille besser: Die Baukommission setzt alles daran, dass das Kostendach von CHF 35 Millionen eingehalten wird und wir immer noch das Schulhaus erhalten, das wir auch einmal bestellt haben. Zudem werden etwas unkonventionelle Wege gesucht, um den engen Zeitplan einhalten zu können. Besten Dank.*

Die Mitte-Fraktion stimmt der Vorlage zu und wünscht der Baukommission viel Erfolg bei der weiteren Planung. Ganz aus der Verantwortung sind wir aber noch nicht; denn der Antrag für den Baukredit müsste bereits beim Stadtrat sein, wenn wir diesem denn im Herbst 2015 zuhänden Stimmvolk verabschieden sollen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Neben Morgarten, Marignano und Wiener Kongress gibt es dieses Jahr noch einen weiteren historischen Jubiläumsanlass: Am 13. Juni 2015 feiern wir 100 Jahre Schulhaus Hasenbühl.*

Wir Grünen bezweifeln, dass wir heute den Kredit für ein Schulhaus beschliessen, das uns in dieser Form auch in 100 Jahren noch Freude bereiten wird. Ehrlich gesagt, bietet es schon heute wenig Anlass zur Freude. Dazu eine kleine Übersicht der Unerfreulichkeiten:

- *Eine Dreifachturnhalle im Krämeracker gibt es nicht, obschon der kürzlich beschlossene Pavillon für das Buchholz zeigt, dass Uster bei dieser Grösse von Sporteinrichtungen bereits jetzt am Grenzwert läuft.*
- *Die Mehrkosten, um das neue Schulhaus gemäss Minergie-P-Eco zu bauen, hatte bereits im Wettbewerbskredit keine Chance. Es ging da um CHF 128'000 – ein lächerlicher Betrag im Vergleich zum Total von CHF 35 Millionen. Das ist wie wenn Sie beim Nachtessen für CHF 35 um 12 Rappen Trinkgeld feilschen.*
- *Eine Photovoltaik-Anlage kommt nicht, weil sie den Kostenrahmen sprengt. Es gibt da leider zu viele einschlägige Erfahrungen in Uster, um skeptisch zu sein, ob sie dereinst tatsächlich gebaut wird. Nur zu gerne lassen wir uns eines Besseren belehren.*

Hinzu kommen nun noch die Abstriche beim vorliegenden Projektierungskredit:

- *Die Fläche der geplanten Schulzimmer (70m²) unterschreiten die kantonalen Empfehlungen (72m²).*
- *Vor allem aber erweitert das neue Schulhaus Krämeracker in Sachen Energienutzung das dicke Buch der verpassten Chancen um ein weiteres Kapitel: Aus Kostengründen kann nicht einmal mehr Minergie-Standard eingehalten werden.*

Zur Erinnerung: Bis 2050 müssen gemäss dem vierten Bericht des UNO-Klimarates die globalen Treibhausemissionen um 90 Prozent reduziert werden, um eine Klimaerwärmung von 2 Grad zu vermeiden. Da ist es doch ein Unding, heute noch ein Gebäude mit der Technik von vorgestern bauen zu wollen.

Zur Erinnerung: Uster will Energiestadt sein und ist gemäss dem Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung verpflichtet, den CO²-Ausstoss kontinuierlich zu reduzieren.

Und ebenfalls zur Erinnerung: Die Forderung, nach Minergie zu bauen, ist nicht eine Erfindung von uns Grünen. Die Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (EnDK) hat 2014 die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, kurz MuKE, verfasst. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um energetische Bauvorschriften. Sie umfassen Empfehlungen zur Förderung von Massnahmen zur Stärkung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sowie Empfehlungen zur Energieplanung. Aktuelles Ziel dieser Vorschriften sind „Nahezu-Null-Energiegebäude“. Ein solches Gebäude ist also so zu bauen, dass im Verlaufe des Jahres nahezu Null Energie zugeführt werden muss. Die neuen Vorschriften liegen zwischen Minergie- und Minergie-P-Standard. Diese sollen die Kantone bis spätestens 2018 in den kantonalen Gesetzgebungen umsetzen, so dass sie bis 2020 in möglichst allen Kantonen zur Anwendung kommen. Leider etwas spät: Bis dahin wird das Schulhaus Krämeracker bereits gebaut sein – weit entfernt von einem zukunfts-trächtigen „Nahezu-Null-Energiegebäude“.

Und ein letzter Punkt: Auch die Zahl der Klassenzimmer im neuen Schulhaus bleibt unbefriedigend. Das Schulhaus Krämeracker soll Platz für 18 Primarschulklassen bieten. Nach der Zustimmung zum Pavillon im Schulhaus Niederuster, werden in ganz Uster schon bald 20 Schulklassen ihren Unterricht in Provisorien abhalten. 18 Zimmer für 20 Klassen? Fast schon könnte man den Eindruck erhalten, das Schulhaus Krämeracker ist bereits zu klein, bevor es fertig gebaut ist.

Der Antrag zum Projektierungskredit zeigt: Der oberste Grundsatz des sogenannten „Kompromisses“, den SVP-, SP- und Mitte-Fraktion im Mai 2013 trafen, war der Kostenrahmen von CHF 35 Millionen. Ihm wurde alles geopfert – Anzahl Zimmer, Dreifachturnhalle, Solaranlage, Zimmergrösse und sogar ein anderer Grundsatz: das Gebäude im Minergie-Standard zu bauen. Ein Kompromiss sieht anders aus.

Die Kritik der Grünen richtet sich daher weniger an den Stadtrat und die Bauleitung, die ein Projekt mit einer schwierigen Vorgeschichte umzusetzen versuchten. Vielmehr müssen sich die anderen Fraktionen an der Nase nehmen: Ihre Vorgaben für das vorliegende Projekt waren in erster Linie Zeugnis einer kleinbürgerlichen Sparpolitik, die den Verantwortlichen keinen grossen Spielraum mehr liess. Nun bekommen wir ein „M-Budget-Schulhaus“ aus der Vergangenheit statt ein Vorzeiprojekt für die Zukunft.

Zu einem Schulhaus, das auch wir wollen, das aber auf eine Art gebaut werden soll, die unseren Erwartungen und den Bedürfnissen widerspricht, können wir Grünen nicht zustimmen.

Paul **Stopper** (BPU) hat einen *weiteren Wermutstropfen*. Wir setzen uns für „normale Schulhäuser“ ein. Was heisst „normal“? Das hat z. B. mit den Baumaterialien zu tun. Wir sehen keine ökologischen Möglichkeiten wie Nistplätze für Vögel. Das Dach ist ein Flachdach – von denen gibt es nur zwei Arten, und zwar diejenigen, die undicht und diejenigen, die noch noch undicht sind. In der Schweiz bestehen sehr viele Schulhäuser. Warum werden nicht andere Schulhäuser in Kopie übernommen. Damit können Fehler vermieden, wenn nicht immer alles neu erfunden werden muss. Solche Tätigkeiten verteuern. Man kann von anderen auch lernen, wenn sie etwas Gutes tun. Warum wird dieser Projektierungskredit nicht dem Volk vorgelegt? Dieser Kredit ist gerade wieder knapp unter der Grenze für das Referendum. Ich stelle Antrag auf freiwillige Urnenabstimmung im Sinne von Artikel 13 Absatz 1 litera a GO (ausserordentliches obligatorisches Referendum).

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Der Antrag von Paul Stopper auf freiwillige Urnenabstimmung wird mit 30:2 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 30:4 Stimmen:

- 1. Für die Durchführung der Phasen 3.2 Bauprojekt, 3.3 Bewilligungsverfahren und des ersten Teils 4.1 Ausschreibung für das neue Schulhaus Krämeracker wird ein Projektierungskredit von 2'435'000 Franken (inkl. MwSt.) bewilligt.**
- 2. Mitteilung an die Primarschulpflege.**

**5 Antrag 29/2015 der Primarschulpflege:
Genehmigung der Kreditabrechnung für die Einführung der Schulsozialarbeit
(SSA)**

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Gabriela **Seiler** (SVP): *Das Folgende vorweg: Die vorliegende Kreditabrechnung muss heute trotz des tiefen Gesamtbetrages, der eigentlich in der Finanzkompetenz der Primarschule liegt, vom Gemeinderat behandelt werden, da diese einmalige Kosten im Zusammenhang mit der Einführung der Schulsozialarbeit beim seinerzeitigen Antrag unter Dispositiv 3 separat aufgeführt waren. Dieser Antrag wurde im September 2010 durch den Gemeinderat bewilligt. Die beantragten einmaligen Kosten wurden damals durch den GR um CHF 25'000 auf CHF 95'100 gekürzt. Grund dafür war in erster Linie, dass das Mobiliar in einem Fachgeschäft gekauft werden sollte. Dass dieser Kürzungsantrag durchaus Sinn gemacht hat, zeigt die jetzt vorliegende Abrechnung auf, einerseits wurde der Kredit nur zu rund 71 % beansprucht und schliesst mit einem Betrag von CHF 67'345.30 inklusive Mehrwertsteuer ab, zum anderen wurde man bezüglich Mobiliar zu einem grossen Teil im „hauseigenen Möbellager“ fündig, sodass der teuer geplante Einkauf in einem Fachgeschäft definitiv nicht notwendig war. Die Kreditabrechnung umfasst eine Periode 2011 bis 2014. Der Schlussbericht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) datiert ebenfalls aus dem Jahre 2014.*

- *Die Minderkosten werden seitens der Primarschulpflege hauptsächlich wie folgt begründet: Einsparungen gegenüber dem ursprünglichen Budget im Bereich Mobiliar aufgrund bereits vorhandenem Mobiliar und kostengünstigen „Dazukäufen.“*
- *Die Kosten für die Evaluation durch die ZHAW sind rund CHF 20'000 tiefer ausgefallen als im Kostenvoranschlag vorgesehen.*

Die Abrechnung lag vollständig vor. Bemängelt respektive diskutiert wurden lediglich Kleinigkeiten, so unter anderem, dass kein Budgetvergleich im Antrag integriert war. Begründet wurde dieser Punkt, dass die effektiven Abrechnungsposten gegenüber den Budgetposten grosse Abweichungen in Bezug auf die Bezeichnungen aufweist und so ein Vergleich aus Sicht der Primarschulpflege nicht wirklich möglich war. Anlässlich der RPK-Sitzung wurden uns diese Unterlagen aber noch nachgereicht.

Der Antrag wurde in der PRK einstimmig mit 7:0 gutgeheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Die Kreditabrechnung betreffend Einführung der Schulsozialarbeit im Betrag von Franken 67'345.30 inkl. MwSt. wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Primarschulpflege.**

**6 Antrag 30/2015 der Sekundarstufe Uster:
Bewilligung einer integrierten Time-Out-Schule, Verlängerung für weitere zwei
Jahre bis Ende Schuljahr 2016/2017**

Ausstand: Rolf Denzler

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Deborah **Bernhard** (SVP): *Die KBK hat diesen Antrag an ihrer letzten Sitzung diskutiert. Der Präsident der Sekundarschulpflege, Thomas Pedrazzoli, stand uns für Fragen zur Verfügung.*

Die Sekundarschulpflege beantragt dem Gemeinderat einen Bruttokredit von CHF 702'030, um die bereits bestehende Time-Out-Schule für zwei weitere Jahre zu führen. Nach Ablauf dieser Verlängerung soll über die definitive Etablierung entschieden werden.

Am 14. Juni 2014 bewilligte der Gemeinderat den Aufbau einer Time-Out Schule für ein Jahr, um dieses Angebot evaluieren zu können. Dieses Jahr wurde genutzt, um eine solche Schule aufzubauen und bekannt zu machen. Nach den Herbstferien wurde der erste Schüler platziert und bereits sechs Monate nach Eröffnung wurde der Kostendeckungspunkt erreicht. Die uns zur Verfügung stehenden Budgetzahlen zeigen auch, dass für das laufende, aber auch die kommenden zwei Jahre mit einem positiven Nettoergebnis gerechnet werden kann.

Die Sekundarschule Uster beansprucht die Spurplus [spur+], unter diesem Namen wird das Angebot heute geführt, rund zu einem Drittel. Es zeigt sich, dass auch von anderen Schulgemeinden eine grosse Nachfrage besteht.

Die spur+ beschäftigt sich mit komplexen Fällen und versucht mit einer Vernetzung des Umfeldes und einer Konfrontation mit der eigenen Biografie, Erfolge zu erzielen. Ziel dabei ist immer eine Rückführung in die Klasse, was auch in einigen Fällen gelang.

In den zwei weiteren Jahren Versuchsbetrieb soll abgeschätzt werden, ob dieses Angebot dauerhaft installiert werden soll. Weiter muss die organisatorische Unterstellung geklärt werden, da die Mitarbeitenden momentan direkt vom Schulpräsidenten geführt werden. Geplant ist auch eine Evaluation des Angebotes im Rahmen einer Doktor- oder Masterarbeit durch eine Fachhochschule.

In der KBK wurde nach der Zuweisung der Schülerinnen und Schüler gefragt. Diese geschieht durch die Fachstelle Sonderpädagogik, so dass dieser Weg nur eingeschlagen wird, wenn alle anderen Lösungsversuche gescheitert sind.

Eine weitere Frage betraf das Scheitern der Time-Out-Schule in der Gemeinde Wetzikon. Der Präsident der Sekundarschulpflege, Thomas Pedrazzoli, erläuterte die Unterschiede zum damaligen Projekt und erwähnte dabei die enge Strukturierung sowie den betriebswirtschaftlichen Ansatz, auf den man Wert lege. Zudem sei das Konzept weiterentwickelt worden.

Der Antrag wurde in der KBK mit 8:0 Stimmen gutgeheissen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Die RPK hat diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 11. Mai 2015 behandelt. Die Diskussion drehte sich mehrheitlich um grundsätzlich betriebswirtschaftliche Belange, weniger um einzelne Zahlen an sich. Insbesondere nimmt die RPK erfreut zur Kenntnis, dass die Sekundarstufe Uster von Anfang an auch einen solchen betriebswirtschaftlichen Ansatz verfolgte. Für jeden platzierten Schüler wird eine Vollkostenrechnung erstellt und auch verrechnet. Für Uster intern gesehen, geht es auch darum, die Kosten einer Fremdplatzierung vermeiden zu können. Spur+ soll nach Möglichkeit kostendeckend sein. Das Ziel ist ein positives Ergebnis.*

Aktuell werden alle Plätze beansprucht, eine Aufstockung ist aber nicht geplant.

Diverse Fragen der RPK wurden durch den Präsidenten der Schulpflege beantwortet. Eine Unklarheit in den Finanzunterlagen konnte geklärt werden.

Natürlich, seit dem Start im November kann erst ein Teilfazit gezogen werden. Aber dieses ist durchwegs positiv. Die RPK hat die Vorlage entsprechend mit 6:1 angenommen.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Wie schon bei der erstmaligen Einführung vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion das Projekt kritisch diskutiert. Das Angebot von Spur+ scheint sicherlich sinnvoll: In konfliktbeladenen Situationen eine Entspannung bewirken und das Lehrpersonal in solchen Situationen beratend unterstützen. Dass das neue Angebot nachgefragt wird, erstaunt uns nicht. Die Frage ist einfach: Sind es immer die richtigen, die einen Platz erhalten, und was hat das Time-out am Ende gebracht? Konnte eine Verhaltensveränderung herbeigeführt werden oder kam es bald wieder zu Störungen und Konflikten? Und: Hatte es für die Ustermer Schülerinnen und Schüler Platz? Die Entscheidungsgrundlagen für eine Fortsetzung des Versuchs sind aufgrund der Kürze der bisherigen Erfahrungen noch mager.*

Wir wollen der Sekundarstufe Uster aber die nötige Zeit geben, um zu diesen Fragen fundierte Antworten liefern zu können, und stimmen dem Antrag zu. Wir verlangen von der Sekundarstufe aber einen Auswertungsbericht vorgängig zu einem entsprechenden Budgetantrag für einen definitiven Betrieb. Darin sollen nicht nur die getroffenen Massnahmen, sondern auch die Wirkung des Time-outs auf die Schülerinnen und Schüler und ihre Regelklasse aufgezeigt werden.

Was wir weniger sinnvoll finden, ist dass das Team von spur+ eine Offerte einreicht für die Unterstützung einer Nachbargemeinde beim Aufbau einer eigenen Time-out-Schule. Wäre es nicht sinnvoller, diese Ressourcen für die Betreuung der Schüler bzw. Lehrer zu verwenden? Ist die Beratung von Nachbargemeinden wirklich Aufgabe der Sekundarstufe? Wir meinen nein und fordern von der Sekundarstufe Uster, das Aufgabenprofil von spur+ in dieser Hinsicht zu überdenken.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): *Seit Jahren verfolgt unsere Fraktion mit zunehmendem Unbehagen die steigenden Kosten der sonderpädagogischen Massnahmen. Die Arbeitsweise der Time-Out-Schule vermag uns zu überzeugen. Den betroffenen Schülern wird ausserhalb des normalen Klassenverbandes nochmals eine Möglichkeit geboten, die Kurve rechtzeitig zu kriegen und eine separative Sonderschulung zu vermeiden. Das Projekt baut darauf auf, dass auch die Eltern in die Pflicht genommen werden und mitarbeiten müssen.*

Vor einem Jahr hat sich unsere Fraktion für die Vollkostenrechnung starkgemacht und gefordert, dass auch ein realistischer Mietzins eingerechnet werden muss. Das Projekt scheint bisher sehr gut angelaufen zu sein. Die bisherigen Plätze wurden nur zu einem Drittel von der Sekundarstufe Uster selber beansprucht, zwei Drittel der Plätze wurden durch externe Nutzer belegt und dank der Vollkostenrechnung tragen diese externen Nutzer nun die ganzen Kosten mit.

Unsere Fraktion hätte es allerdings auch vorgezogen, wenn von Beginn weg eine längere Versuchsphase von zwei oder drei Jahren beantragt worden wäre. So könnte die Sekundarstufe Uster den Versuch weiterführen, ohne dass die vorberatenden Kommissionen und der Gemeinderat wieder darüber debattieren müssten. Auch die aufwändige Vorbereitung eines neuen Antrages durch die Sekundarstufe Uster hätte noch nicht jetzt erfolgen müssen, sondern erst für die definitive Einführung. Nun soll der Rat also noch nicht über die Einführung, sondern erst über die Fortsetzung des Versuches für zwei Jahre entscheiden. Das Konzept der Time-Out-Schule vermag uns weiterhin zu überzeugen. Erste Reintegrationen von zwei Schülern in ihre Regelklassen haben offenbar bereits stattgefunden und wir hoffen, dass sich mit diesem Konzept wirklich weitere Einweisungen in externe separative Sonderschulungen vermeiden lassen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt die Fortführung dieser Time-Out-Schule für weitere zwei Jahre und stimmt dem vorliegenden Antrag zu.

Für die SP-Fraktion referiert Monika **Fitze**: *Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Sekundarstufe für die Verlängerung der Bewilligung einer integrierten Time-out-Schule.*

Das Team von spur+ beeindruckt. In kurzer Zeit wurden ein überzeugendes Konzept ausgearbeitet, die personellen und räumlichen Bedingungen fürs Gelingen geschaffen und das Angebot den möglichen Partnern bekannt gemacht. Dass der Bedarf besteht, zeigt die gute Nachfrage und Auslastung. Das Team von spur+ beeindruckt. Mit der Förderung der Kommunikation und Kooperation unter allen Beteiligten entstehen echte Chancen auch in sehr komplexen Situationen wieder Zuversicht zu entwickeln. Einschneidende, und wesentlich teurere Massnahmen, wie die Platzierung in einer Sonderschule oder einem Sonderschulheim können zielgenauer vorgenommen werden und kommen erst dann zur Umsetzung wenn die Erfolgschancen mit Regelschule und Time-out als zu gering eingeschätzt werden.

Das Team von spur+ beeindruckt. Mit der hohen Lösungsorientiertheit erreichen sie durch die Beratung und Unterstützung von Schulen mit Effizienz, dass sich die Beteiligten wieder bestärkt fühlen und sich auch schwere Schritte zutrauen. Vielen Dank für dieses Engagement!

Wir vertrauen dem Team von spur+. Die Verlängerung der Versuchsphase um zwei Jahre wird genutzt, das Angebot sorgfältig zu evaluieren, um allenfalls nötige Schlüsse zu ziehen und Anpassungen zu machen, das sind wir überzeugt. Damit stellt sich spur+ einer weiteren Bewährungsphase. Die Erfolgsfaktoren können so sorgfältig herausgearbeitet werden und machen das Angebot auch bei allfälligen personellen Veränderungen standhaft.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Deborah **Bernhard** (SVP): *Das erste Jahr der neuen Time-Out-Schule spur+ beweist, dass eine Nachfrage nach einem solchen Angebot besteht. Es zeigt auch, dass Integration nicht immer und zu jedem Zeitpunkt der richtige Weg ist. Für die Gemeinde Uster ist es ein Vorteil, eine eigene Time-Out-Schule zu führen. Es erleichtert die Vernetzung, die Kommunikation und den Wissenstransfer zwischen den beteiligten Akteuren. Zudem können noch teure „Sondersettings“ verhindert werden. Mittelfristig sollte sich der Erfolg der Time-Out Schule auch bei sinkenden Kosten im Bereich der separativen Sonderschulung zeigen. Die SVP/EDU Fraktion ist erfreut über den gelungenen Start von der Schule spur+ und ist gewillt, das Angebot für zwei weitere Jahre fortzuführen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Frederik ist kein einfacher Schüler: In seiner 2. Sekundarklasse hat er mehrmals Mitschüler physisch attackiert. Und immer wieder provoziert er seine Klassenkameraden aber auch Erwachsene. Die Schulregeln scheinen ihn wenig zu interessieren. Die Verhaltensauffälligkeiten nehmen zu – bis die Lehrpersonen genug haben.*

Im Time Out muss Frederik sich mit seiner Vergangenheit und seiner Lebenssituation auseinandersetzen. Er muss die Geschichte seiner Familie aufarbeiten. Statt in die Schule zu gehen, kann er in der Berufswelt schnuppern: Im Gartenbau, als Maler und als Betriebspraktiker. Und weil er in der Wohnung der Eltern das Gefühl hat, keine Privatsphäre zu haben, zieht er schliesslich zu seinem Bruder, der in Erziehungsfragen Unterstützung erhielt. Vor allem aber: Frederik kehrt wieder in seine alte Schulkasse zurück.

Dieses Fallbeispiel zeigt: Das Time-Out-Angebot kann Jugendliche in einer schwierigen Lebensphase helfen, ihren Weg zu finden. Es geht um Fälle, in denen eine Heimeinweisung oder ein Ausschluss aus der Schule die Alternativen sind. Können diese abgewendet werden, hilft das nicht nur Kosten zu sparen. Letztlich kann ein solches Angebot ein unschätzbarer Gewinn für einen jungen Menschen in seiner Entwicklung sein.

Deshalb unterstützen wir Grünen diesen Antrag auf Verlängerung des Angebots und wünschen allen Beteiligten viel Erfolg.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Der Gemeinderat bewilligt der Sekundarstufe Uster, befristet für zwei Jahre (Schuljahr 2015/16 und 2016/17) eine Time Out Schule zu führen.**
- 2. Der Gemeinderat bewilligt einen Bruttokredit von Fr. 702'030.- für die zwei Jahre.**
- 3. Mitteilung an die Sekundarschulpflege zum Vollzug.**

**7 Motion 522/2015 von Balthasar Thalmann (SP) und Meret Schneider (Grüne) vom 10. Februar 2015:
Städtische Stiftung Kulturzentrum Uster**

Balthasar **Thalmann** (SP) begründet die Motion und ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: *Kultur ist die Seele unserer Stadt.*

Je besser es der Kultur geht, umso besser geht es unserer Stadt. Was heisst aber besser? Das ist letztlich eine politische Diskussion, die wir ganz gut führen müssen. Und eine davon ist diese um das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal.

Wir haben vor einiger Zeit fast einstimmig in diesem Saal beschlossen, dass der neue Stadthofsaal auf dem Zeughausareal gebaut wird. Dieses Bekenntnis war letztlich auch die Legitimation, die Planung auf dem Zeughausareal weiterzutreiben. Ein Entwurf des Gestaltungsplans lag ja bereits öffentlich auf, der auch den Bau eines Kulturzentrums ermöglicht.

Damit ist aber dem Auftrag und dem Willen des Gemeinderates, den neuen Stadthofsaal auf dem Zeughausareal zu realisieren, aber noch längst nicht genüge getan. Bevor wir ein Kulturzentrum bauen, müssen wir uns im Klaren sein, für was wir dieses Zentrum bauen, was dort stattfinden soll, wer es wie betreibt und wie die Finanzierung des Betriebs langfristig sichergestellt wird. Dazu wissen wir noch nichts. Das einzige was wir wissen ist, dass wir vorwärts machen müssen, um rechtzeitig einen Ersatz für den Stadthofsaal zur Verfügung zu haben und um die nötigen Impulse für die Zentrumsentwicklung zu geben. Mit der Motion Städtische Stiftung Kulturzentrum Uster wird der Stadtrat beauftragt, genau diese Fragen zu klären.

Für mich ist klar: das neue Kulturzentrum muss eine Ausstrahlung weit über Uster haben. Es ist also nicht nur einfach ein Ersatz des Stadthofsaals. Nein es muss deutlich mehr sein – eben mehr Ausstrahlung haben, mehr zur guten Seele der Stadt Uster beitragen.

Es mag Sie vielleicht erstaunen, dass ein sozialdemokratischer Politiker vorschlägt, den Bau und Betrieb des Kulturzentrums einer Stiftung zu überlassen und nicht der städtischen Verwaltung anzuhängen. Lassen Sie mich einige Überlegungen und Thesen darlegen:

Das Kulturzentrum auf dem Zeughausareal ist das Rückgrat der Zentrumsentwicklung Uster. Nur mit dem Kulturzentrum wird es uns gelingen, dem Ustermer Zentrum das nötige Leben einzuhauchen und ihm die Attraktivität zu verleihen, die es als Regionalzentrum braucht.

Das neue Kulturzentrum Uster ist eine riesige Chance. Diese Chance packen wir, wenn es uns gelingt, ein Kulturzentrum zu realisieren, welches ein klares Profil und Ambiente hat.

Das Kulturzentrum Uster ist viel mehr als ein Infrastrukturprojekt. Die grosse Herausforderung liegt darin, ein langfristig erfolgreiches inhaltliches Konzept zu erarbeiten.

Für das Kulturzentrum Uster können auch erhebliche Drittmittel wie vom Lotteriefonds oder von Stiftungen generiert werden, wenn eine einzigartige Idee für das Kulturzentrum vorhanden ist und die Umsetzung dieser Idee möglichst von lokalpolitischen Stimmungsschwankungen verschont ist. Es braucht heute eine klare politische Haltung, was uns das neue Kulturzentrum in etwa wert sein dürfte.

Und daraus entstand der nun vorliegende Motionstext. Ich bin der Meinung, dass es kaum geeignet ist, dass die Stadt das neue Kulturzentrum betreibt. Ich kenne auch kein Beispiel, wo dies eine Verwaltungseinheit macht. In der Motion bin ich sogar noch weiter gegangen und habe gesagt, dass die Städtische Stiftung Kulturzentrum Uster auch den Bau realisieren soll

Die Grundlage für das Bauvorhaben Kulturzentrum muss ein robustes inhaltliches Konzept, ein Betriebskonzept und letztlich auch ein Finanzierungskonzept sein. Es macht keinen Sinn, etwas zu bauen, wenn man noch gar keine klaren Vorstellungen hat, was dort stattfinden soll. Für diese Arbeiten müssen ein paar Leute mal ziemlich viel denken. Dazu soll dem Stadtrat ein vernünftiger Kredit zur Verfügung gestellt werden. Und zwar nicht nur ein Kredit für einen Architekturwettbewerb, sondern auch Mittel, um bei den inhaltlichen und betrieblichen auch Klarheit zu bekommen. In der Motion von Meret Schneider und mir haben wir auch Vorstellungen über den finanziellen Rahmen des Kulturzentrums dargelegt. Natürlich wissen wir, dass die nötigen Entscheidungsgrundlagen noch fehlen, um darüber definitiv zu befinden. Eine Schätzung hat nun ergeben, dass die Stadt wohl bereit sein muss, für den Ersatz des Stadthofsaals rund CHF 25 Millionen zu investieren und eine Million jährlich für den Betrieb desselben zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen wie erwähnt durch Drittmittel vermehrt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns diese politische Diskussion führen. Der Stadtrat hat mir gegenüber gesagt, dass er bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Er begründet das damit, dass er mit dem Gestaltungsplan vorwärts machen möchte. Darum bin ich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ich danke, wenn Sie mit der Zustimmung zu diesem Postulat mithelfen, dem Neubau für das Kulturzentrum Uster den nötigen „Drive“ zu geben und so für die Seele der Stadt Uster etwas Gutes zu tun. In diesem Sinne mal vorläufig besten Dank.

Stadtpräsident Werner **Egli** erklärt: Der Stadtrat ist zur Annahme der Motion als Postulat bereit.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Hans **Keel** (SVP): *Die SVP/EDU Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.*

Das Postulat verlangt, dass im Zeughausareal für das sogenannte Kulturzentrum eine städtische Stiftung aufgebaut wird. Diese soll getrennt vom Tageszentrum den Kulturbetrieb organisieren und führen.

Ob das sinnvoll ist, lassen wir offen. Man staunt, dass es gute Beispiele für privatrechtlich organisierte und geführte Kulturbetriebe gibt. Warum dann eine städtische Stiftung?

Für den Aufbau der Stiftung sollen CHF 500'000 zur Verfügung gestellt werden. Was damit gemacht werden soll, möchte ich hier nicht wiederholen.

Ebenfalls braucht es pro Jahr CHF eine Million als Betriebsbeitrag und ein Startkapital von CHF 25 Millionen von der Stadt. Das ist sehr viel Geld.

Die Gebietsentwicklung bzw. der Gestaltungsplan für den städtischen Teil im Zeughausareal ist noch nicht abgeschlossen, das Nutzungs- und Raumprogramm noch nicht definiert. Es kommen laufend neue Forderungen und Begehren zu diesem Areal. Ob das alles einfach so finanziert werden kann, ist noch offen. Jetzt soll noch eine Stiftung finanziert werden, die nur einen Zweck hat, der Kultur zu dienen.

Die Geschäftsfelder Kultur und Liegenschaften arbeiten heute wesentlich kostengünstiger. Werden doch schon heute die Räume für Veranstaltungen und Kultur, und das sind nicht wenige, bewirtschaftet und betrieben.

Im Leistungsauftrag des Geschäftsfeldes Kultur wird die Konkretisierung der Konzepte für die End- und Zwischennutzung der Anlagen im Zeughaus verlangt. Das Projekt Neubau Kultur- und Tageszentrum ist ebenfalls im Geschäftsfeld Kultur. Bis heute hat die Verwaltung gute Arbeit geleistet und zwar mit viel weniger Geld.

Wir können es nicht verantworten, dass eine "städtische Stiftung" mit so viel Geld ausgestattet wird, bevor überhaupt klar ist, was wir uns im Zeughausareal alles leisten können.

Es ist nicht Kernkompetenz bzw. Aufgabe der Stadt Uster ein Stiftung Kulturzentrum zu errichten und jährlich zu alimentieren. Es kann nicht angehen, dass eine subventionierte Stiftung bestimmt, welche Kultur im Zeughaus betrieben wird.

Mit dieser Stiftung wäre es doch einfach so, dass die Stiftung sagt und bestimmt, was im Zeughaus abgeht und wer dort Kultur macht. Dies noch grosszügig finanziell unterstützt durch die Stadt.

Was ist da noch der Wert unserer Kulturvereine, wie Jodler, Sängerbund, Berner usw. Auch mein Hobby, der Erhalt von Kulturgut, alten Armeefahrzeugen, die gestern im Zeughaus ausgestellt waren, würde man kaum mehr dort finden.

Nach unserer Auffassung ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um über eine städtische Stiftung für das Kulturzentrum zu diskutieren. Wenn man der Auffassung ist, dass die Verwaltung das Kulturzentrum nicht "stemmen" kann, sollte man sie nicht noch zusätzlich mit Arbeit belasten.

Paul **Stopper** (BPU) hält die vom Postulat geforderte Stiftung für ein schlechtes Mittel. *Die Seele dafür ist nicht im Zeughausareal, sondern im Stadthofsaal. Die Verlegung des Stadthofsaals ist eine unausgeglichene Lösung. Man weiss nicht, wo der Eingang zum Stadthofsaal ist. Dessen Eingangsreich sollte aufgewertet werden. Diese Politik, mit einer Stiftung Leere und Inhaltsleere überwinden zu wollen, ist falsch. Wir sind gegen das Postulat oder ein „Mostulat“.*

Für die FDP-Fraktion referiert Rudolf **Locher**: *Die FDP-Fraktion unterstützt die Umwandlung der angesagten Motion in ein Postulat. Wir geben dem Stadtrat so die Möglichkeit, aus Sichtweise der Exekutive das Nutzungskonzept vorzustellen.*

Der Gemeinderat hatte vor über 6 Jahren, nämlich am 9. Februar 2009 dem städtebaulichen Entwicklungskonzept und somit dem 5-Phasenplan zugestimmt. Die Stimmberechtigten haben diesen Entscheid im September 2009 bestätigt. In der aktuellen Phase 4 wird der Gestaltungsplan ausgearbeitet und durch den Gemeinderat festgesetzt werden.

Der Gestaltungsplan zeigt die räumliche volumenbezogene Nutzung, hat aber nichts mit einem eigentlichen Nutzungs- bzw. Betriebskonzept zu tun. Dieses kann unabhängig vom Stadtrat erarbeitet werden.

Jetzt, nach dem eigentlichen Abschluss der Basisarbeit, hätte der vom Stimmvolk bestätigte Weg mittels einer Motion abgeändert werden sollen.

Das ist eine klare Abweichung zur beschlossenen Vorgehensweise in Sachen Zeughausarealentwicklung.

Der Motionär, Balthasar Thalmann, plädiert immer für planerische Sicherheit.

Jetzt hätte der Motionär fast selber eine neue planerische Unsicherheit geschaffen.

Es stehen die Forderung des Stiftungskapitals von CHF 25 Millionen und die jährlichen Betriebskosten von CHF einer Million auf Papier.

CHF 25 Millionen ist der Gegenwert für ein neues mittleren Schulhaus, um die Beträge in eine andere Relation zu stellen. Die Verwirklichung des geplanten regionalen Tagungszentrums, z. B. auf privater Basis, im Baurecht, wird nicht erwähnt; es könnte also zum Spielball der Interessen werden. Private Interessenvertreter werden so für erhoffte Investitionen eher abgeschreckt als eingeladen.

Wir unterstützen die Überweisung des Postulats, damit der Stadtrat seine Nutzungsvorstellungen darlegen kann.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Aller guten Gründe sind drei – daher werde ich nur die drei wichtigsten Gründe nennen, warum wir Grünen die Idee, das Kulturzentrum über eine städtische Stiftung zu betreiben, für prüfenswert halten.*

Erstens ist der Erfolg des Kulturzentrums von dessen Kontinuität und Langfristigkeit abhängig. Zwar hiess es von Seiten des Stadtrates, die Vorbereitungsarbeiten seien am Laufen, doch ist der langfristige Betrieb eines Kulturzentrums mit dem Bau ja nicht abgeschlossen – im Gegenteil, es ist eine permanente inhaltlich-organisatorische Aufgabe, die höchst ressourcenintensiv ist, wenn man dem Kulturzentrum tatsächlich zu überregionaler Ausstrahlung verhelfen will. Um den Stadtrat in diesem Bereich etwas zu entlasten, halten wir eine Stiftung für eine sinnvolle Organisationsform, da sie Dauerhaftigkeit verspricht und deren Zweck und Leistungsauftrag klar definiert sind.

Der zweite Grund betrifft die Finanzen, und auch hier dürfte der Stadtrat ein offenes Ohr haben, schliesslich geht es um Einsparungen. Zum Aufbau der Stiftung sollen CHF 500'000 zur Verfügung gestellt werden, womit eine mit der Stiftung beauftragte Organisation den in der Motion beschriebenen Leistungsauftrag zu erfüllen hat. Für die Akquisition zusätzlicher finanzieller Mittel ist eine verwaltungsunabhängige Stiftung vermutlich in der besseren Position und könnte dadurch auch zu einer finanziellen Entlastung beitragen.

Zu guter Letzt möchte ich auf die vielen positiven Beispiele privatrechtlich organisierter Kulturbetriebe hinweisen. Um nur auf eines einzugehen; vielleicht kennen sie das Vögele-Kulturzentrum in Pfäffikon SZ, das nicht nur eine bemerkenswerte Architekturskulptur darstellt und zu den „Schönsten Bauten der Schweiz“ zählt, sondern auch mit einem diversifizierten Ausstellungsprogramm überzeugt. Gerade durch die privatrechtliche Organisationsform ist es möglich, ein farbiges Programm aus Präsentationen der Sammlung „moderne Kunst – unsere Gegenwart“, Ausstellungen, Symposien und Performance-Tagen zu bieten und damit insbesondere auch den jüngeren Anteil der Bevölkerung für Kunst und Kultur zu begeistern. Zur Zeit läuft gerade die Ausstellung „Askese – Ekstase oder Mehr von Weniger. Dies Sehnsucht nach Einfachem und die Lust am Überfluss“, die ich nur empfehlen kann.

Ein ganz kurzes Post Scriptum oder eher Post Dictum: vielleicht wäre es interessant, mit der KPB einen Ausflug dorthin zu unternehmen, um sich einmal ein wirklich architektonisch überzeugendes Beispiel für einen Kulturzentrumsbau zu Gemüte zu führen. Wer weiss, „think big“, vielleicht pilgern Zürcher Gemeinderäte bald nach Uster, um unser Kulturzentrum zu bewundern? Ich bitte zum Zustimmung zum Postulat.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Wir beschäftigen uns wieder einmal mit dem Zeughaus-Areal resp. mit dem, was dort einmal entstehen soll. Unbestritten ist für uns, dass als Minimal-Variante folgendes auf dem Zeughausareal eine neue Heimat finden soll: Ersatz von Stadthofsaal, Ersatz „Qbus“ und die Musikschule.*

Zudem sind auf dem Zeughausareal bereits heute verschiedene sogenannte „Zwischennutzungen“ eingemietet. Das alles zusammen oder ein Teil davon wird einmal als „städtisches Kulturzentrum“ verstanden werden. Klar ist auch, dass die Stadt ein solches finanzieren muss. Dann aber fangen die Fragen an:

- *Was wäre wünschenswert, und was wollen wir uns leisten?*
- *Soll die Stadt das Kulturzentrum selber führen oder diese Leistung einkaufen (sprich z. B. einer Stiftung abtreten)?*
- *Brauchen wir zuerst ein inhaltliches Konzept oder beginnen wir mit dem Raumprogramm? Richten wir uns nach den Bedürfnissen der Ustermer Vereine und/oder nach den Bedürfnissen der Veranstalter in Uster und Umgebung?*
- *Soll der Stadtrat ein Konzept vorlegen oder will der Gemeinderat bereits bei der Erarbeitung mitreden?*

Die Mitte-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Falls das Postulat im Rat eine Mehrheit findet, erwarten wir vom Stadtrat eine Auslegeordnung, wobei die Stiftung als Betreiberin des Kulturzentrums eine von mehreren Alternativen sein muss.

Ivo **Koller** (BDP) hält es *für richtig, dass über den Inhalt diskutiert wird. Zuerst aber muss klar sein, was wir dort wollen. Es ist erstaunlich, dass die FDP einer Stiftung zustimmt. Denn der Text ist klar, es geht um eine Stiftung und nicht um den Inhalt.*

Balthasar **Thalmann** (SP) hat *Freude, dass jetzt diskutiert wird. Für den Aufbau der Stiftung soll Geld zur Verfügung gestellt werden. Und die mit deren Aufbau betreute Gruppe soll das Konzept erarbeiten. Die SVP hält den Zeitpunkt für nicht richtig. Ja, wann ist denn der richtige Zeitpunkt? Der Stadtrat muss wissen, wie es aus dem Parlament tönt. Paul Stopper hinterfragt den Entscheid des Gemeinderates, den Stadthofsaal ins Zeughausareal zu verlegen. Aber das ist eine Prämisse des Gemeinderates. Wenn das so hinterfragt wird, muss der ganze Gestaltungsplan für das Zeughausareal hinterfragt werden. Ich verweise dazu auf bekannte Stellungnahmen der SP. Wir müssen eine Diskussion darüber führen, was wir auf dem Zeughausareal haben wollen. Wenn wir dazu nicht bereit sind, kommt die ganze Planung ins Wanken. Alle in diesem Saal sprechen von Zentrumsentwicklung, darum müssen wir diesem Zentrum ein Herz geben, und das wäre die Kulturstiftung.*

Wolfgang **Harder** (CVP) möchte *wissen, was denn nun der Text des Postulats ist.*

Balthasar **Thalmann** (SP) *ist für eine politische Lösung und gegen Formalismus.*

Stadtpräsident Werner **Egli** sichert zu, *auch ohne Textänderung das Postulat im Sinne der heutigen Aussprache behandeln zu können.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 21:12 Stimmen:

- 1. Die Motion 522/2015 wird als Postulat überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**8 Postulat 526/2015 von Jürg Gösken (Grünliberale), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Beatrice Mischol (Grünliberale) vom 27. Februar 2015:
Multisportives Buchholz multimobil**

Jürg Gösken (Grünliberale) begründet das Postulat: *Das Postulat ist seit Ende Februar bereits etwas gereift und wurde bereits an der Sitzung des Gemeinderats vom 16. März 2015 angeschnitten und zusammen mit dem Vorstoss zur Musikschule im Zeughaus in einem Votum als überflüssig bezeichnet, da der Stadtrat ja schon eifrig daran wäre die Parameter festzulegen und dann zu präsentieren.*

Sowohl im Zeughausareal wie im Buchholzareal hat aber nicht nur der Stadtrat, sondern auch der Gemeinderat und breite Bevölkerungskreise viel vor. Die Bevölkerung und wir hier im Saal sollten uns deshalb mit den weitreichenden Vorhaben und Plänen des Stadtrats so früh und so detailliert wie sinnvoll auseinandersetzen können.

Die Stadtpolizei informiert Veranstalter auf einer eigenen Website, dass grössere Veranstaltungen im Buchholz ein Veranstaltungskonzept voraussetzen und empfiehlt sich möglichst frühzeitig mit den zuständigen Amtsstellen in Verbindung zu setzen. Aus der Checkliste der Stadtpolizei versuche ich mal die städtischen Trends fürs Sportareal Buchholz aktuell zusammenzufassen – beurteilen sie selber, ob ihnen die Antworten genügen.

- *OK-Liste mit Ressortleiter:
diverse Veranstalter und seitens Stadtrat: Ressorts Sicherheit, Sport und Kultur*
- *Veranstaltungsrahmen:
Mehrjährig unbefristet, unregelmässige Programmdichte, Koordination unbekannt, weitere Programmpunkte können laufend hinzukommen*
- *Attraktionen:
Stand 18. März 2015: Leichtathletikanlage, vier Fussballplätze plus ein Kunstrasenfeld, Trendsportplatz, Dreifachturnhalle wettkampftauglich, Finnenbahn, Helsana Trail, Vitaparcours.
Sowie angrenzend: Squash- und Kletterhalle, Reitsportzentrum, Tennisclub, Bocciodromo.
Dazu mittelfristig: Hallenbad und Schwimmsportzentrum, provisorische zweite Dreifachturnalle, wettkampftauglich.
Im Sommer auch mal Freilichtkino, Grossbildübertragung usw.*
- *Medien-/Öffentlichkeitsarbeit:
Medienarbeit durch Stadtrat und jeweilige Veranstalter von Grossanlässen sowie diverse Werbemassnahmen*
- *provisorische Bauten:
Festzelte usw.*
- *Nutzung von bestehenden Bauten inkl. Brandschutz, Rettungs- und Sicherheitsdienste:
Infrastruktur etwas ungenügend bei Mehrfachbelegung*
- *elektrische Anlagen/Stromversorgung:
in der Regel genügend*
- *Verpflegung:
wenig dauerhafte Verpflegungsangebote, umso mehr Provisorisches durch Veranstalter*
- *sanitäre Einrichtungen (Toiletten usw.):
bei mehreren Veranstaltungen eher ungenügend*
- *Abfall/Reinigung (während und nach der Veranstaltung):
lässt zu wünschen übrig*
- *Organisation Parkierung:
Parkplatzangebot ungenügend, bei Bedarf wird auf Gschwaderstrasse, Trendsportplatz, private Wiesen und umliegende Quartiere ausgewichen. Gegen Wildparkierer mussten auch schon reihenweise Bussen verhängt werden.*
- *Verkehrsregelung
MIV: gute Anbindung Autobahn. Teilweise Sperrung der Gschwaderstrasse zwecks Parkierung, keine grossräumigen Massnahmen vorgesehen (Pendelbus usw.). Auflagen zur Förderung von ÖV-Benutzung bei Grossveranstaltungen unbekannt.
ÖV: Kursbus in mittlerer Entfernung vorhanden, Busstation zentral zu den publikumsstarken Veranstaltungen fehlend. Ebenso fehlend Pendelbusse Bahnhof-Buchholz.*

- *Verkehrswege:*
MIV: Abwicklung über Orts- und Quartierstrassen, viel Suchverkehr.
ÖV: keine speziellen Massnahmen bekannt.
Fuss- und Veloverkehr: keine speziellen Massnahmen bekannt.
- *Versicherungsnachweis:*
Für Verkehrschaos wird nicht gehaftet.

Falls sich der Stadtrat zu den meisten dieser Punkte Gedanken gemacht hat bzw. nicht nur reaktiv, sondern auch vorausschauend, wie ich annehme, umso besser. Denn dann sollte die Beantwortung des Postulats ein Leichtes sein. Und falls nicht, wäre es natürlich umso dringender, dass dies geschehen würde.

So oder so gilt es dann zu beurteilen, ob die bestehenden und geplanten Massnahmen gut und genügend sind und nicht nur im Stadtratszimmer eine Mehrheit finden, sondern auch den öffentlichen Test bestehen.

Deshalb braucht es ein gutes Konzept für ein multisportives Buchholz, welches die Verkehrsträger optimal kombiniert. Mit Überweisung dieses Postulats bietet sich die Gelegenheit, dies näher zu betrachten und für den Stadtrat, seine guten Ideen dazu mitzuteilen.

Stadträtin Esther **Rickenbacher** erklärt: *Der Stadtrat ist zur Annahme des Postulats bereit.*

Für die FDP-Fraktion referiert Daniel **Pellegrini**: *Die Konzentration an sportlichen Angeboten auf dem Buchholz führt automatisch zu mehr Verkehr und die Postulanten haben in dieser Hinsicht Recht. Doch laufen momentan bereits genügend andere Initiativen, um dieser Lage Herr zu werden:*

Mit der neuen Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP), welche in Ausarbeitung ist, wird die Parkplatzsituation entschärft. Das Thema der Dauerparkierer wird dann geregelt sein.

Dem motorisierten Individualverkehr wird dementsprechend Rechnung getragen, dass es mit der Vergrösserung des Hallenbades auch mehr Parkplätze geben wird.

Die Haltestellen Uster Sportzentrum und/oder Reithalle werden vom Bahnhof Uster im Viertelstundentakt bedient und nach einem 5minütigen Spaziergang ist man mitten im Geschehen! So schlecht scheint mir diese Ausgangslage nun auch wieder nicht. Des Weiteren wird der Stadtrat im Zuge des Ausbaus des Hallenbades auch die Anbindung an die öffentliche Verkehrsinfrastruktur überprüfen und eventuell auch die Haltestelle verlegen.

Ich war schon an einigen Grossanlässen im Buchholz. Auch bin ich mit verschiedenen Verkehrsmitteln angereist, sei dies mit Fahrrad, Auto oder Bus. Noch nie hatte ich das Gefühl, dass es eine zusätzliche Vorschrift bräuchte, um den Verkehr zu regeln. Bei grösseren Anlässen waren auf dem Areal Verkehrskadetten für die Regelung des Verkehrs aufgeboden, und zwar organisiert durch den Veranstalter.

Pendelbusse scheinen angesichts der Tatsache, dass der ZVV im Viertelstundentakt die Haltestellen bedient, ziemlich sinnlos – und wer würde diese Pendel-Busse bezahlen? Der Veranstalter weiss selber am besten, wie gut der Anlass besucht ist und falls Shuttlebusse notwendig sein sollten, kann dies direkt vom Veranstalter gelöst werden.

Deshalb verzichten wir im Sinne einer sorgfältigen Ressourcennutzung der Verwaltung auf eine Unterstützung dieses Postulats.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Wir Grünen halten das Postulat Multisportives Buchholz multimobil für prüfenswert und einen Schritt in die richtige Richtung. Es ist erfreulich, dass das Sportangebot in der Stadt Uster sich stetig diversifiziert und verbessert – als Klettererin habe ich mich insbesondere über die neu errichtete Kletterhalle gefreut und stelle fest, dass sich die Nutzung dieses Angebots permanent intensiviert und mit dem Ausbau des Hallenbades noch intensivieren wird.*

Der Ausbau des Hallenbades und auch das Kletterzentrum werden in naher Zukunft auch zu mehr Grossanlässen führen. Und bereits jetzt zeigt sich an gut besuchten Tagen, dass die zusätzliche Mobilität die vorhandene Infrastruktur überfordert. Da der motorisierte Individualverkehr auf dem Areal bereits jetzt an Kapazitätsgrenzen stösst, wäre es wichtig, die ÖV-Nutzung zu fördern und eine bessere Anbindung des Sportzentrums an die Buslinien zu gewährleisten. Die Bushaltestelle Reithalle ist leider zu weit weg, als dass sie als geeignete Anbindung fungieren könnte. Erinnert sei hier an die Diskussion um Parkplätze: Dort wurde argumentiert, die Parkplätze bei der Kunst- und Sportschule und in der Wermatswilerstrasse seien zu weit weg, um in die Parkplatzberechnung des Hallenbades einbezogen zu werden – daraus folgt, dass die Bushaltestelle Reithalle erst recht zu weit weg ist.

Ein Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, wäre eventuell eine Ringbusverbindung über das Quartier Gschwader, wovon dieses auch abgesehen vom Sportangebot profitieren könnte, sowie Pendelbusse für Wettkämpfe und Grossanlässe, wie das die Stadt Zürich beispielsweise an Laufveranstaltungen seit Längerem erfolgreich gewährleistet. Aus diesen Gründen empfehlen wir Grünen Ihnen, das Postulat ebenfalls für prüfenswert zu erklären und an den Stadtrat zu überweisen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 18:16 Stimmen:

- 1. Das Postulat 526/2015 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Kennntnisnahmen

Der Stadtrat hat folgende Anfragen beantwortet:

521/2015

Anfrage von Thomas Wüthrich (Grüne) vom 9. Februar 2015: Umsetzung des Umweltartikels (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

524/2015

Anfrage von Markus Wanner (SP) vom 10. Februar 2015: Planungs- und Infrastrukturgewinne im Immobiliensektor (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

527/2015

Anfrage von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 17. März 2015: Ausbau der Strecke Uster – Aathal auf Doppelspur und Realisierung einer S-Bahn-Haltestelle Oberuster (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

528/2015

Anfrage von Jürg Gösken (Grünliberale) und Wolfgang Harder (CVP) vom 7. April 2015: Uster optimiert die städtischen Leistungen (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

529/2015

Anfrage von Paul Stopper (BPU) und Werner Kessler (BPU) vom 13. April 2015: Stand der Dinge des „Pavillon Nouvel“ an der Schifflande in Niederuster (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

Folgende Beschlüsse hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen:

DaZ-Aufbauunterricht: Umsetzung Indikatoranpassung auf 0,75 WL (Primarschulpflegebeschluss vom 9. April 2015)

Anpassung des Reglements für den Ökofonds, Energie Uster AG (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2015)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 29. Juni 2015 statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Thomas Wüthrich

Datum

Die Stimmenzähler

Jürg Gösen

Bruno Modolo

Richard Sägesser